



ATLANTIC MEMO #13

Ein neues Klimaschutzregime: Wandel von oben

Mitglieder von Atlantic-community.org sind sich einig, dass der aktuelle, stark von der Wirtschaftskrise beeinflusste Konsens – Klimawandel nur zu bekämpfen, wenn wir es uns leisten können – nicht ausreicht. Kostenreduzierung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf nachhaltigem, umweltbewusstem Handeln nicht im Wege stehen. Deshalb schlagen Atlantic Community Mitglieder die Schaffung eines globalen Regulierungsregimes für Klimawandel vor. Es muss sichergestellt werden, dass jeder den technologischen Herausforderungen einer neuen, klimafreundlichen Wirtschaft gerecht werden kann.

1. Schaffung einer globalen Institution zur Bekämpfung des Klimawandels.

Das derzeitige System der internationalen Umweltgovernance ist ein unkoordiniertes Netzwerk von multilateralen Institutionen, die im Konflikt mit regionalen und nationalen Bemühungen stehen. Atlantic Community Mitglieder glauben daher, dass die Schaffung einer globalen Dachorganisation helfen könnte die bestehenden Bemühungen zu koordinieren.

- **Eine neue UN Umweltorganisation:** Scott Moore argumentiert für eine multi-dimensionale Herangehensweise an globale Umweltgovernance, basierend auf der Gründung einer neuen UN Umweltorganisation und bilateralen Partnerschaften. Entwicklungsländer fordern weiteres Wirtschaftswachstum, während die Industrie-länder zunehmend die Notwendigkeit von Umweltschutz betonen. Dieser Konflikt benötigt ein Forum, in dem Lösungen erreicht werden sowie Hilfe bei der Anpassung an den Klimawandel und Technologietransfer organisiert werden können. Gleichzeitig sollten bilaterale Partnerschaften, wie die US-China EcoPartnerships Initiative, von den USA und der Europäischen Union finanziert werden.
- **Bestehende Handelsinstitutionen:** Einige Kommentatoren glauben, dass es realistischer sei Lösungen durch bestehende Handelsregime wie der WTO anzustreben. Jordan Levine argumentiert, dass bisher versteckte Kosten mit einbezogen werden müssen. Ein erster Schritt, der innerhalb der WTO erreichbar wäre, wäre die Einführung von verpflichtenden Bewertungen der Umweltauswirkungen eines Produktes. Durch eine solche Umweltkostenabschätzung für den gesamten Lebenszyklus jedes gehandelten Produktes, könnten Verbraucher über die Umweltkosten jedes Produktes informiert werden sowie Steuern gezielt erhoben werden. Es gibt bereits einen internationalen Standard für die Bewertung von Produktlebenszyklen (ISO 14000); eine Umsetzung wäre somit schnell möglich. Jedoch können solche Informationen nur Kunden beeinflussen, die Willens sind diese in Betracht zu ziehen. Ohne gezielte Steuererhebung würden billigere und umweltschädlichere Optionen ihre Anziehungskraft behalten. (Mark Peter Hirschboeck)

Es bleibt abzuwarten, ob Nationalstaaten ein globales Klimaregime akzeptieren würden, da Klimawandel nur selten als Sicherheitsrisiko auf der nationalen Ebene anerkannt wird (Christia Florentzou).

2. Weltweiter Transfer von Klimaschutztechnologien.

Atlantic Community Mitglieder sind sich einig, dass es im Interesse von Unternehmen ist Produktion und Fachwissen unter ihrer Kontrolle zu behalten. Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert jedoch den weltweiten Austausch von Informationen. Sam Vanderslott weist darauf hin, dass auch schon in früheren Fällen geistiges Eigentum im öffentlichen Interesse abgetreten oder zumindest flexibel gehandhabt wurde, beispielsweise bei Ausnahmen von Medikamentenpatenten. Ähnliche Lösungen für Klimaschutztechnologien werden sowohl von Entwicklungsländern wie auch vom Europäischen Parlament gefordert. Unternehmensinteressen müssen zurückgestellt werden, damit beim Kopenhagener Gipfel im Dezember 2009 Vereinbarungen getroffen werden können, die die ausreichend schnelle Verbreitung dieser Technologien ermöglicht (Vanderslott). Eigene Mitglieder sind besorgt über die wirtschaftlichen Auswirkungen, die ein solcher Wissens- und Technologietransfer auf die Industrieländer hat (Jeff Hathor), während andere dies unter Hinweis auf das Wachstum dieses Sektors befürworteten. Auch könnten Gelder der Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden, um Unternehmen, die geistiges Eigentum aufgeben, zu entschädigen (Markus Drake).

Atlantische Initiative e.V

Wilhelmstraße 67
10117 BerlinTel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.206 337 90

Atlantic Memo Mitwirkende

Autoren:

Scott M. Moore, Peking University

Jordan Levine, University of British Columbia

Sam Vanderslott, Oxford University

Kommentatoren:

Christia Florentzou, LSE
Mark Peter Hirschboeck, Harvard University

Markus Drake, University of Helsinki

Beirat

Dr. Rudolf Adam

Dr. Ronald D. Asmus

Prof. Dr. Arnulf Baring

Dr. Christoph Bertram

Carl-Eduard von Bismarck

Dr. Philip v. Boehm-Bezing

Dr. Mark Brzezinski

Jürgen Chrobog

Thomas L. Farmer

Dr. Klaus-Dieter

Frankenberger

Dr. Jeffrey Gedmin

Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg

Prof. Dr. Helga Haftendorn

Dr. John C. Hulsmann

Dr. Michael J. Inacker

Dr. Jackson Janes

Marvin Kalb

Dr. Walther Leisler Kiep

Eckart von Klaeden

Hans-Ulrich Klose

John Kornblum

Dr. Charles Kupchan

Alexander Graf Lambsdorff

Prof. Dr. Kurt J. Lauk

Dr. Beate Lindemann

Heike MacKerron

Dr. Norbert Otten

Cem Özdemir

Ruprecht Polenz

Avi Primor

Prof. Dr. E. Sandschneider

Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik

Karsten D. Voigt

Lord William Wallace

Atlantic Memos stellen die besten Ideen und Argumente aus den Debatten des Open Think Tanks <http://www.atlantic-community.org> heraus. Alle Handlungsempfehlungen in diesem Dokument stammen von Autoren und Mitgliedern der Atlantic Community.